

Aufruf an die Politiker/innen: Dauerhaftes Bleiberecht für gut integrierte Geflüchtete – unabhängig von ihrem Status!

(Initiator: Manfred Hensler, Leiter Abendgymnasium Radolfzell, Dozent VABOE, Mitglied IF Konstanz, Mitglied inSi e.V. Singen)

Mit der Merkel'schen Grenzöffnung 2015 war unausgesprochen natürlich auch ein Versprechen verbunden an die Menschen, die damals bei uns Zuflucht gesucht haben vor Krieg, Verfolgung, Unterdrückung und Armut: Das Versprechen, dass wir den Geflüchteten, welche Integrationsanstrengungen unternehmen und versuchen, sich bei uns eine neue Existenz aufzubauen, eine Zukunft in unserem Land bieten.

Fünf Jahr danach sieht die traurige Wahrheit ganz anders aus: Die Fälle von drohenden oder bereits vollzogenen Abschiebungen häufen sich, bei welchen große Integrationsbemühungen und -erfolge mit Füßen getreten werden.

Eines von vielen Beispielen:

Ein junger Afrikaner, der, obwohl erst 3 Jahre in Deutschland, hier bereits seinen Hauptschulabschluss nachgeholt hat und im zweiten Ausbildungsjahr in einem anspruchsvollen Handwerksberuf ist, wird im Zuge des Dublin-Abkommens die schnellstmögliche Überstellung/Abschiebung nach Italien angekündigt. Dieser junge Mann hat in Italien zwar erstmalig europäischen Boden betreten und wurde dort namentlich erfasst, mehr aber passierte in Italien nicht.

Eine Überstellung nach Italien macht für ihn alle Integrationserfolge mit einem Schlag zunichte und ist auch eine schlimme Missachtung der Bemühungen seines Ausbildungsbetriebes und der Ehrenamtlichen, die sich um ihn gekümmert haben.

Wenn man die Überforderung der EU-Grenzstaaten Italien und Griechenland in der Flüchtlingsfrage sieht – jüngstes Beispiel ist die Katastrophe im Lager Moria – muss man ohnehin fragen, wie unser Land weiterhin auf der Umsetzung des Dublin-Abkommens bestehen und Geflüchtete nach Griechenland oder Italien überstellen kann.

Die in unserem Grundgesetz verankerten Grundwerte erfordern ein Umdenken in unserer Asylpolitik:

Gut integrierte Geflüchtete müssen ein gesetzlich garantiertes Bleiberecht erhalten (Spurwechsel) – die bisherigen gesetzlichen Regelungen in diese Richtung wie die Beschäftigungs- oder Ausbildungsduldung sind an zu viele, oft kaum erfüllbare Voraussetzungen gebunden und haben eher Alibifunktion.

Das Dublin-Abkommen muss aufgehoben bzw. modifiziert und ein echter Spurwechsel gesetzlich verankert werden!

Wir fordern die verantwortlichen Politiker/innen dazu auf, initiativ zu werden und das Asyl- und Aufenthaltsrecht entsprechend zu ändern!

Ich/Wir unterstützen diesen Aufruf:

.....